Eitorf, den 05.03.2009

Amt 60.2 - Tiefbauabteilung

Sachbearbeiter/-in: Klaus Schlein

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Planung und Verkehr 21.04.2009

Tagesordnungspunkt:

Abbau einer öffentlichen Telefonstelle in Alzenbach

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss beschließt:

Die öffentliche Telefonstelle in Alzenbach wird ersatzlos entfernt.

Begründung:

Vor dem Haus Siegtalstr. 16 a, einem früheren Gebäude der Grundschule Alzenbach, befindet sich auf einer privaten Grünfläche noch aus der Zeit der schulischen Nutzung eine Buswartehalle mit einer daran befestigten öffentlichen Telefonstelle (Basistelefon). Die Fläche war Bestandteil des Schulgeländes und wurde beim Verkauf des Gebäudes mitveräußert. Zur Sicherung der Aufbauten wurde mit den neuen Eigentümern im Jahre 2002 eine Nutzungsvereinbarung auf 30 Jahre zugunsten der Gemeinde abgeschlossen.

Die neuen Eigentümer bitten nunmehr um eine vorzeitige Auflösung der Vereinbarung und um das Entfernen der Aufbauten, da die Fläche für eine weitere Grundstückszufahrt benötigt wird.

Gegen eine Auflösung der Vereinbarung bestehen seitens der Verwaltung keine Bedenken, da für die Buswartehalle kein Bedarf mehr vorhanden ist. Der noch bestehende Busverkehr kommt nur noch aus Richtung Bitze und wird ausschließlich auf der gegenüberliegenden Straßenseite abgewickelt.

Ein Abbau der Wartehalle kann allerdings erst erfolgen, wenn für das dort angebrachte Basistelefon ein neuer Standort gefunden wird. Die Telekom ist bereit, das Telefon um einige Meter zu versetzen, verlangt aber die Erstattung der dabei entstehenden Kosten in Höhe von rd. 1.000 EUR. Diese Kosten müsste der Grundstückseigentümer als Antragsteller tragen.

Alternativ dazu könnte die Anlage auch ersatzlos abgebaut werden, wobei in diesem Fall die Kosten von der Telekom übernommen würden. Eine solche Maßnahme kann, da es sich hier um die letzte öffentliche Telefonstelle in einem Ort von mehr als 200 Einwohnern handelt, nach den geltenden Kriterien derzeit aber nur im Konsens mit der Kommune erfolgen.

Begründet wird der Wunsch nach ersatzlosem Entfernen mit der mangelnden Akzeptanz und der damit verbundenen völligen Unrentabilität der Anlage. In den Monaten Januar bis September 2008 wurden beispielsweise nur 2,11 EUR eingenommen.

Die Telekom ist verpflichtet, flächendeckend öffentliche Telefonstellen an allgemein und jederzeit zugänglichen Standorten entsprechend dem allgemeinen Bedarf bereitzustellen. Aufgrund der mittlerweile umfassenden Handynutzung wird der Bedarf immer geringer und der Betrieb vieler öffentlicher Telefonstellen immer unwirtschaftlicher. Die Telekom ist derzeit bestrebt, im Einvernehmen mit der Bundesnetzagentur die Verpflichtung zur Flächenversorgung neu regeln zu lassen. Eine endgültige Entscheidung dazu steht noch aus, jedoch ist zu erwarten, dass die Neuregelung mit der Aufgabe weiterer Telefonstandorte verbunden sein wird.

Aufgrund dieser Entwicklung wird nach Einschätzung der Verwaltung die öffentliche Telefonstelle in Alzenbach auf längere Sicht gesehen ohnehin fortfallen. Es wird daher vorgeschlagen, schon jetzt einem ersatzlosem Abbau zuzustimmen.